RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/6066
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

4. Juli 2024

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Bitte immer angeben!		Max Gieltowski max.gieltowski@mdi.rlp.de	06131 16-3210 06131 16-17-3210

Sitzung des Innenausschusses am 26. Juni 2024
TOP 9: Rechtsextremes Konzert bei Wittlich
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/5861 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 26. Juni 2024 wurde zu TOP 9 „Rechtsextremes Konzert bei Wittlich" schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Ebling

Anlage

Sitzung des Innenausschusses am 26. Juni 2024
TOP 9: Rechtsextremes Konzert bei Wittlich
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/5861 -

Am Samstag, 4. Mai 2024, erlangte das Polizeipräsidium Trier Hinweise auf eine konspirativ organsierte, rechtsextremistische Konzertveranstaltung in Greimerath, Landkreis Bernkastel-Wittlich. Die weiteren Aufklärungsmaßnahmen erbrachten Erkenntnisse, dass die Veranstaltung in einer Grillhütte der Ortsgemeinde stattfinden sollte. In Absprache mit den kommunalen Verantwortlichen vor Ort unterbrach die Polizei kurz nach 22 Uhr die Veranstaltung und stellte in einem ersten Schritt bei allen 42 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Identität fest. Die Mehrzahl von ihnen stammte aus Rheinland-Pfalz, einige reisten von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern sowie aus dem Saarland an. Nach polizeilichen Erkenntnissen waren acht Teilnehmer der inzwischen verbotenen neonazistischen Gruppierung „Combat 18“ sowie deren Umfeld zuzurechnen, ein Teilnehmer ist als rechtsextremistischer Liedermacher bekannt. Da sich einer der Teilnehmer der Identitätsfeststellung und Durchsuchung widersetzte, mussten die Einsatzkräfte einfache körperliche Gewalt zur Durchsetzung der Maßnahmen anwenden. Gegen den Mann leitete die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ein. Alle festgestellten Teilnehmer trugen ein grünes Armband mit dem Aufdruck „F.I.E.L.“. Dieses Akronym steht für „Fremd im eigenen Land“ und ist zum einen der Name einer rechtsextremistischen Band, die bereits mehrere, zwischenzeitlich indizierte Lieder veröffentlichte. Bei „F.I.E.L.“ handelt es sich weiterhin um eine rechtsextremistische Gruppierung, die insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern aktiv ist, über Einzelpersonen jedoch auch Kontakte nach Rheinland-Pfalz pflegt. Bei der Durchsuchung des Veranstaltungsgeländes fanden die Einsatzkräfte einen Karton mit Merchandise-Artikeln wie z. B. T-Shirts, CDs, Eintrittsarmbändern, denen keine strafrechtliche Relevanz zugerechnet werden konnte. Darüber hinaus stellten sie ein T-Shirt sicher, dessen Aufdruck den Anfangsverdacht einer Straftat des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen begründete.

Darüber hinaus durchsuchten die Ermittlerinnen und Ermittler sechs PKW und beschlagnahmten einen Sticker mit dem Aufdruck „Islamists not welcome“ wegen des

Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen sowie fünf Messer wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Waffengesetz. Im Rahmen von Personenkontrollen auf der Anfahrtsstrecke zur Veranstaltungsörtlichkeit stellte die Polizei ferner die Identität von 14 weiteren Personen fest. Bei zwei von ihnen konnten eindeutige Anhaltspunkte für eine beabsichtigte Teilnahme an dem Konzert nachgewiesen werden. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen beendete die Polizei die Veranstaltung und sprach allen festgestellten Personen einen Platzverweis für das Veranstaltungsgelände aus. Die Polizei Rheinland-Pfalz setzte im Zuge der Einsatzmaßnahmen insgesamt 215 Beamtinnen und Beamte ein.

Das frühzeitige Einschreiten der rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden zeigt einmal mehr, dass die Landesregierung jeglichen Versuchen des rechtsextremistischen Personenpotenzials, mit Musikveranstaltungen neue Mitglieder zu rekrutieren, Netzwerke auszubauen sowie ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen, konsequent entgegentritt. Die Sicherheitsbehörden schöpfen insoweit alle ihnen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln aus. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus war, ist und bleibt ein politischer Schwerpunkt der Landesregierung.